

Schulamt zählt zur Sparmasse

Die Zahl der Aufsichtsbehörden in Thüringen soll halbiert werden. Droht damit auch dem Standort in Neuhaus das Aus?

Von Andreas Beer

Neuhaus/Erfurt – Die Zahl der Schulämter in Thüringen soll von derzeit elf auf perspektivisch noch fünf Behörden abgeschmolzen werden. Diese Stoßrichtung einer anstehenden Strukturreform bestätigte Bildungsminister Christoph Matschie (*Freies Wort* vom 10. Februar) auch öffentlich. Übrig bleiben sollen demnach noch Ämter für Mittel-, Nord-, Süd-, Ost- und Westthüringen. Die Reform liege derzeit zur Abstimmung bei den anderen Ministerien. Als Grund für den Umbau nannte ein Sprecher die drastisch gesunkenen Schülerzahlen. Das SPDgeführte Bildungsministerium erhofft sich hierdurch ein Einsparvolumen von jährlich bis zu zwei Millionen Euro.

Über das Gerücht einer umfassenden Umgestaltung der über die Schulen Aufsicht führenden Häuser berichtete *Freies Wort* zuletzt im November. Hinter vorgehaltener Hand hieß es, der bisher in Neuhaus verortete Zuständigkeitsbereich für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen solle in Suhl zentralisiert werden.

Da am Rennsteig – mit 63 Schulen im Beritt – derzeit das kleinste Thüringer Schulamt beheimatet ist, erschien dieses Gerücht zumindest als schlüssig. Ob das Neuhäuser Schulamt tatsächlich erster Kandidat für eine Auflösung ist, mochte seinerzeit aber ein Sprecher des Ministeriums ausdrücklich

ausdrücklich nicht bestätigen. Eine konkrete Liste der aufzulösenden Standorte gebe es nicht.

Auch der hiesige Wahlkreisabgeordnete Henry Worm (CDU) hakte hierzu in dieser Woche

noch einmal bei der Landesregierung nach. Vorfestlegungen, so wurde ihm mitgeteilt, seien bisher in der Tat nicht getroffen worden. Insgesamt spricht Worm aber von einer absehbaren „nachteiligen Entwicklung“. In Sachen Bürgerfreundlichkeit und Kommunikation könne er den Spar-Plänen nichts



Wackelt der Behördenstandort in der Thomas-Mann-Straße? Mit 63 Schulen im Zuständigkeitsbereich der Landkreise Sonneberg und Hildburghausen zählt das Neuhäuser Schulamt zu den kleinsten im Freistaat. *Fotos: camera900.de*

abgewinnen: Je größer die Entfernung zu den Schulen ist, umso größer gerät auch die Distanz zu etwaig betroffenen Eltern, die Rat suchen.“



David Eckardt.

Die spannende Frage sei nun, wie wasserdicht einst die Verträge gemacht wurden, die Neuhaus den Dienstsitz zugestehen, und ob das Bildungsministerium hieran noch rechtlich gebunden ist. Das Schulamt war bekanntlich gemeinsam mit dem Forstamt den Neuhäusern als Ausgleichsmaßnahme im Zuge der Landkreis-Gebietsreform in den 90er-Jahren zuerkannt worden.

Kein Beschluss „von oben“

David Eckardt, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Bildungsausschuss des Landesparlaments, äußerte auf *Freies Wort*-Nachfrage, dass er die Chancen für einen Erhalt der Behörde indes als durchaus gegeben sieht. „Die Vorstellungen gehen im Moment in die Richtung, alle Schulamtsbezirke im Freistaat komplett aufzulösen. Die einzelnen Standorte sollen sich dann via Ausschreibung wieder bewerben.“ Von oben jedenfalls würde nicht verfügt, welches Haus weiter zum Zuge kommt oder in welchem das Licht ausgeknipst wird.

Eckardt: „Über die Vergabe soll eine unabhängige Kommission entscheiden.“

Eine Rolle hierbei dürfte aber spielen, ob zum Beispiel die einzelnen Immobilien bereits in Landes-Besitz

sind. Da dies mit der Thomas-Mann-Straße 40 in Neuhaus der Fall sei, könnte derlei durchaus Berücksichtigung finden. „Ich bin da zuversichtlich.“ Innerhalb welcher Zeitschiene die Umsetzung der Pläne zu erwarten steht, bleibt einsteilen offen.

Ursprünglich war vorgesehen, die Strukturreform noch im Februar im Kabinett zu behandeln. Das hat sich vorerst erledigt, das Thema ist kurzfristig aus dem Rennen genommen worden.

Innerhalb der laufenden Legislaturperiode, so Eckardt, sei aber mit Entscheidungen zu rechnen. Unter der Hand hieß es aus gut unterrichteten Kreisen gegenüber *Freies Wort*, dass schon Ende 2011 geklärt sein soll, was gehauen und gestochen ist bzw. welche Standort aufgegeben werden. David Eckardt wollte dies aber weder bestätigen noch verneinen.

Die Befürchtung, womöglich demnächst deutlich weitere Anfahrtswege bewältigen zu müssen, wälzen indessen schon einmal die Betroffenen vor Ort. Bezirkspersonalrätin Bettina Schmidt-Ziegenfelder äußert, dass sowohl eine etwaige Fusion in Richtung Saalfeld-Rudolstadt als auch eine mögliche Zusammenlegung mit Schmalkalden-Meinungen ohne „halbe Weltreisen“ kaum zu haben ist. Belastend dürfte dies vor allem für jene Mitarbeiter sein, die nur eine bestimmte Anzahl von Stunden in dem Amt beschäftigt sind, ansonsten aber weiterhin als Lehrer an ihren Gymnasien, Regel- oder Grundschulen unterrichten. Der Vorteil der örtlichen Nähe sei ja bislang gewesen, beides weithin in Einklang bringen zu können – zum Beispiel vormittags als Lehrer an der Tafel zu stehen und

dann nachmittags Sprechzeiten im Schulamt anzubieten. Künftig stehe aber zu befürchten, dass lange Wegstrecken einen Gutteil dieses Arbeitszeit-Budgets auffressen. Von den 28 Mitarbeitern des Schulamtes sind 15 zugleich als Pädagogen tätig.

Die Grundstimmung zur heraufdräuenden Reform unter den Mitarbeitern im Hause? „Dass wir betroffen sein werden, diese Vermutung liegt ja durchaus nahe – auch wenn es bislang keine konkreten Informationen gibt.“

„Macht das Sinn?“

Den Mangel an konkreten Informationen kreidet auch Marianne Reichelt (Linke) den Reformmachern aus Erfurt an. „Der eine Minister macht eine Polizeireform, der nächste gibt neue Regeln für eine Gemeindegebietsreform heraus und der dritte macht sich über die Schulämter her.“ Und kein Mensch fragt, so schimpft Marianne Reichelt, ob die Dinge überhaupt zusammenlaufen und einen Sinn ergeben. „Das läuft alles nebeneinander her. Jeder dreht woanders.“ Ob die Vielzahl an Vorstößen aber untereinander abgestimmt ist zum Beispiel mit den künftigen Kreisgrenzen, das sei für sie nicht erkennbar. „Geht das zusammen? Das beantwortet keiner.“

So warnt die Stadtchefin also davor, der Stadt am Rennweg womöglich kurzentschlossen das Amt zu streichen, ohne zugleich Lösungen zu einer sinnvollen Nachnutzung des dann wohl leer stehenden Gebäudes in der Hand zu haben.

Und wirklich glauben mag sie zudem nicht, dass die Frage des Eigentums der Immobilie womöglich ausschlaggebend für den Erhalt des Schulamtes sein könnte. „Wir hatten ja auch ein landeseigenes Polizeigebäude in Neuhaus.“ Viel wert sei dieser Vorteil dann aber nicht mehr gewesen, als die Wache trotz scharfer Proteste aus der Bevölkerung dicht gemacht wurde. Letztlich pocht die Bürgermeisterin somit einmal mehr auf den Erhalt des Amtes, wie es der einst als Ausgleichsmaßnahme zugesichert worden war. Auch mit Blick auf den Status des gemeinsamen Mittelzentrums mit Lauscha, wonach das Vorhalten überörtlich bedeutsamer Behörden ein wichtiger Kritikpunkt für die Verteidigung dieses geldwerten Titels ist.

Dass der Wegfall des Dienstsitzes somit womöglich auf mittlere Sicht Folgen für das Mittelzentrum entfaltet, es wäre der wohl schlimmste anzunehmende Begleitschaden.